



Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Zentrale Dienste
Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 25.06.2019

Ergänzungsantrag zu Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Klimanotstand“

Evidenzbasiertes, sachkundiges Handeln - statt kurzfristigem Aktionismus

Beschluss

Der Antrag von B90/Die Grünen wird wie folgt ergänzt.

1. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass mit dem Wandel des weltweiten Klimas große Herausforderungen auf die Kommunen, so auch Hessen zukommen und ein lokales Handeln notwendig ist.
2. Der Magistrat wird aufgefordert eine Auflistung von anerkannten möglichen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes in Reihenfolge ihrer absoluten Wirksamkeit sowie des Verhältnisses von Kosten zu Wirksamkeit vorzulegen. Dieser Maßnahmenkatalog kann erst einmal abstrakt und allgemein gehalten sein bzw. es kann auf wissenschaftliche Publikationen zurückgegriffen werden.
3. Der Magistrat wird aufgefordert alle konkreten Maßnahmen, die in der jüngeren Vergangenheit im Sinne des Klimaschutzes angegangen wurden und jene die sich in der Umsetzung befinden, sowie alle Konzepte (Luftreinhalteplan, Klimaschutzkonzept etc.) aufzulisten.
4. Klimaschutz findet auch zu Hause statt. Daher stellt der Magistrat einen Katalog an einfach umsetzbaren Maßnahmen, geeignet für jeden im privaten Umfeld, zusammen und informiert über diese durch Veröffentlichung auf der städtischen Internetseite, sowie durch Beratung im Umweltamt.

Begründung:

Ein Großteil der Wissenschaftler ist sich einig, dass sich das Klima schnell verändert. Auch in Rüsselsheim sind erste Auswirkungen auf die Umwelt, deutlich sichtbar und werden weiter zunehmen. Diese Veränderungen werden unser künftiges Leben vielfältig und wahrscheinlich negativ beeinflussen. Die Forderung der „Fridays for Fu-



ture“ – Bewegung werden grundsätzlich geteilt. Dazu gehört auch, dass ein Schieben auf die „Lange Bank“ nicht akzeptiert werden kann.

Blinder Aktionismus - ob durch vermeintlich konkrete aber genauso ungeprüfte Forderungen nach Sofortmaßnahmen oder allein durch das Ausrufen des Klimanotstandes helfen in der Sache jedoch nicht weiter. Damit die Finanzmittel, die der Stadt Rüsselsheim jetzt und in Zukunft zur Verfügung stehen, zielgerichtet und maximal wirksam eingesetzt werden können sollte auf fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen werden. Klima- und Umweltschutz darf keine kurzfristige PR Aktion werden denn auch Umwelt- und Klimapolitik muss nachhaltig sein. Denn sonst würde es weder der Sache, noch dem Engagement der jungen Menschen der „Fridays for Future“ – Bewegung gerecht.

In Rüsselsheim darf es nicht zu Zuständen wie auf Bundesebene kommen. Dass Windräder teils abgeschaltet werden müssen, da weder Speicher noch Leitungswege zur Verfügung stehen und Stillstandszahlungen zu leisten sind, dafür Braunkohlekraftwerke subventioniert weiter Dreck emittieren aber effiziente neue Gaskraftwerke nur als Redundanz vorgehalten werden, zeigt, dass hier weder sinnvoll, wirtschaftlich noch nachhaltig agiert wird.

So ist auch lokal zu hinterfragen ob es lohnenswert ist bei Neubauten mit viel Aufwand das Letzte in Sachen Energieersparnis rauszupressen oder ob nicht Sanierungsprogramme für in die Jahre gekommene Altimmobilien und Anlagen sinnvoller wären. Hier verliert Politik sonst leicht Glaubwürdigkeit. Daher sind die Stadtverordneten zu informieren bei welchen Maßnahmen mit dem eingesetzten Geld die größte Wirkung zu erreichen ist.

Rüsselsheim steht aber nicht am Anfang. Es erscheint nötig, dass sich die Stadtverordneten ihrer Beschlüsse und deren Umsetzung aus der Vergangenheit, noch einmal bewusst machen. So hat die Stadt Rüsselsheim unter anderem bereits ein Klimaschutzkonzept und den Green City Masterplan beschlossen.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Maria Schmitz Henkes
Marktplatz 4
65429 Rüsselsheim am Main

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 17. Juni 2019

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Rüsselsheim ruft den Klimanotstand aus und erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

Zur Eindämmung des Klimawandels auf kommunaler Ebene überprüft der Magistrat sämtliche Beschlussvorschläge hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Klima, die Umwelt und die Arten und legt der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis zur Beratung und Entscheidungsfindung mit vor.

Begründung:

Die Auswirkungen der massiven Klimaveränderungen sind weltweit spürbar. Deshalb müssen wir auch vor Ort ein Bewusstsein dafür entwickeln, welche Konsequenzen unsere Entscheidungen in dieser Hinsicht haben. Denn der Klimawandel und seine Folgen treffen nicht nur weit entfernte Pazifikinseln, sondern ganz konkret auch Rüsselsheim. Die immensen Schäden am Baumbestand in unseren Parks und Wäldern sprechen eine deutliche Sprache. Die Folgen der intensiven Bewässerung der Äcker zeigen sich in der Belastung des Trinkwassers mit Schadstoffen. Damit ist klar, dass unserer Kommune auch ein wirtschaftlicher Schaden entsteht; die Folgen des Klimawandels kosten auch unsere Kommune Geld.

Rüsselsheimer Kinder und Jugendliche haben sich der globalen Bewegung Fridays for Future angeschlossen und auf der Kundgebung am Freitag, den 14. Juni gefordert, den Klimanotstand in unserer Stadt auszurufen. Diese Aufforderung muss die Stadtpolitik ernst nehmen, im Interesse der Natur, im Interesse der Menschen und ihrer Gesundheit, im Interesse der Tiere.

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen